

Beschlußempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Manfred Müller (Berlin),
Heinrich Graf von Einsiedel, Gerhard Zwerenz, weiterer Abgeordneter
und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/4461 –**

Abschaffung der Wehrpflicht

A. Problem

In dem Antrag wird festgestellt, daß die grundlegend veränderten außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen seit dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes eine grundlegend veränderte Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland verlangen und ermöglichen. Die Abschaffung der Wehrpflicht sei ein erster und wichtiger Schritt zu Abrüstung und Auflösung der Bundeswehr.

B. Lösung

Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der SPD vertreten übereinstimmend die Auffassung, daß die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin durch eine Bundeswehr gewährleistet wird, die aus freiwilligen Zeit- und Berufssoldaten sowie aus Wehrpflichtigen besteht. Der Antrag ist daher abzulehnen.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/4461 – abzulehnen.

Bonn, den 29. Januar 1997

Der Verteidigungsausschuß

Kurt J. Rossmannith	Jürgen Augustinowitz	Brigitte Schulte (Hamel)	Dieter Heistermann
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jürgen Augustinowitz, Brigitte Schulte (Hamel) und Dieter Heistermann

I. Zum Verfahren

Der Antrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/4461 wurde in der 135. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. November 1996 dem Verteidigungsausschuß federführend sowie dem Auswärtigen Ausschuß, dem Rechtsausschuß und dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mithberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der beteiligten Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 56. Sitzung am 29. Januar 1997 mit der großen Mehrheit der Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Rechtsausschuß hat in seiner Sitzung am 29. Januar 1997 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in der Sitzung am 29. Januar 1997 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Die Beratung im Verteidigungsausschuß

Der federführende Verteidigungsausschuß hat über den Antrag in seiner 50. Sitzung am 29. Januar 1997 ohne Beratung abgestimmt, weil in mehreren vorher stattgefundenen Sitzungen die Weiterentwicklung der Wehrpflicht umfassend erörtert worden ist (siehe auch Beschlußempfehlung und Bericht vom 30. September 1996 – Drucksache 13/5662).

Der Antrag auf Drucksache 13/4461 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der antragstellenden Gruppe der PDS abgelehnt.

Die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich dabei der Stimme enthalten.

Bonn, den 31. Januar 1997

Jürgen Augustinowitz	Brigitte Schulte (Hamel)	Dieter Heistermann
Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter